STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses (08/BU/2007)
am 11.10.2007
im Sitzungszimmer des Rathauses

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden; Aussprache über die Ortsbesichtigung;
Fällantrag Alter Postweg
Vorlage: 0354/2007/3.3
7. Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden
Fällantrag Königsberger Straße
Vorlage: 0365/2007/3.3
8. Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden
Fällantrag Nordseestraße
Vorlage: 0362/2007/3.3
9. Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden
Fällantrag Im Spiet
Vorlage: 0367/2007/3.3
10. 69. Änd. des Flächennutzungsplanes; Gebiet: Marschweg/Steinweg -SO-Gebiet Windenergie; Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 0345/2007/3.1

11. Bebauungsplan Nr. 149; Gebiet: Marschweg/Steinweg -SO-Gebiet Windenergie; Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 0346/2007/3.1
12. Sanierung der Anlagen im Norder Hafen
Vorlage: 0369/2007/3.3
13. Berichtswesen;
Controllingberichte aus dem Fachbereich 3,
Umsetzung von Maßnahmen im Vermögenshaushalt
Vorlage: 0366/2007/FB3
14. Dringlichkeitsanträge
15. Anfragen
- 15.1. Photovoltaikanlage Leegemoor, Sachstand
- 15.2. Ausweisung Vogelschutzgebiet, Sachstand
- 15.3. Anträge der Städte Leer u. Aurich auf Aufwertung im Rahmen des Raumordnungsprogramms;
Positionierung der Stadt Norden
Antrag: AN/0339/2007
- 15.4. Anfrage Ratsfrau Kleen zur Bebauung der Grundstücke Am Fridericussiel 2 u. 4
Antrag: AN/0340/2007
16. Wünsche und Anregungen
- 16.1. Gehweg Osterstraße zwischen Uffenstraße u. Neuer Weg
Antrag: AN/0341/2007
- 16.2. Straßenbäume in der Westerstraße
Antrag: AN/0342/2007
17. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vor Beginn der öffentlichen Sitzung fanden folgende Ortsbesichtigungen statt:

1. Baumschaden Bargebur, Alter Postweg (zu Beschluss-Nr. 0354/2007/3.3)
2. Baustelle Umgehungsstraße
Herr Lütje von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Aurich, erläuterte im Baubüro Ekeler Weg den Stand der Arbeiten. Im Anschluss daran fand eine Baustellenbesichtigung im Bereich Looger Weg statt.

Vorsitzender Fuchs eröffnet die öffentliche Sitzung um 17.00 Uhr.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Fuchs stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Ratsherr Köther beantragt, die Beschluss-Nr. 0363/2007/3.1 (Baulandentwicklung „Frisia-Gelände“) im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Städt. Baudirektor Memmen gibt zu bedenken, dass mit der Vorlage auch Grundstücksangelegenheiten behandelt werden, die ausschließlich in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sind.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, dass der Tagesordnungspunkt heute nur im nichtöffentlichen Teil beraten wird. Die Angelegenheiten von öffentlichem Interesse sind in einer späteren öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschuss erneut vorzustellen.

Sodann stellt Vorsitzender Fuchs die vorliegende Tagesordnung fest.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine.

zu 5 Bekanntgaben

Keine.

**zu 6 Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden; Aussprache über die Ortsbe-
sichtigung;
Fällantrag Alter Postweg
Vorlage: 0354/2007/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Am Alten Postweg/Bargebur in der Stadt Norden befindet sich auf öffentlicher Fläche innerhalb einer Allee eine nach der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume geschützte Linde (*Tilia cordata*). Im Auftrag der Stadtentwässerung Norden (SEN) wurde durch die Fa. Bold ein Rohrgraben zwischen dieser Linde und einem benachbarten Baum hergestellt. Dabei wurden am Stammfuß der Linde sämtliche Wurzeln gekappt. Die Stadt Norden ist als Baumeigentümerin für die Verkehrssicherheit zuständig. Um zu klären, inwiefern dieser Baum noch standsicher ist, wurde seitens des Fachdienstes Umwelt ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das Gutachten wurde angefertigt von der Fachfirma *Galaplan Groothusen*.

Bei den Grabungen wurden drei Haltewurzeln mit einem Durchmesser von über 10 cm mittels Säge durchtrennt und das Fein- und Faserwurzelwerk über eine Länge von ca. 3-3,5 m und einer Tiefe von 1m zerrissen. Durch diese Beschädigungen wurden Eintrittspforten für holzerstörende Schadpilze und -insekten geschaffen. In dem Gutachten wird festgestellt, dass der Baum wenig vital ist und das Abschottungsvermögen gegen diese Schädlinge daher sehr gering ist. Das Gutachten kommt zu folgendem Ergebnis: „Im Zusammenhang mit der vorhandenen starken Schrägneigung des Gehölzes, dem Verlust von Haltewurzeln durch den Bauschaden und die Gefährdung des Baumes durch eindringende Schädlinge im Bereich der Wurzelverletzungen ist die Standsicherheit des Baumes nicht mehr gewährleistet. Der Baum sollte gefällt werden.“

Gemäß § 7 Abs. (1) der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden ist die Beseitigung eines geschützten Baumes zuzulassen, wenn die Stand- und Bruchsicherheit nicht mehr gegeben ist.

Dementsprechend wurde ein Antrag auf Fällung des nicht mehr standsicheren Baumes gestellt (Sitzungsvorlage Nr. 0309/2007/3.3) und im für die Entscheidung zuständigen Verwaltungsausschuss am 13.9.07 behandelt. Im Verlauf der Sitzung wurde neben weiterer Detailinformation (z.B. Vorlage des Gutachtens) auch eine Beteiligung des Bauausschusses gefordert. Bei der Abstimmung konnte aufgrund einer Pattsituation der Stimmen kein Beschluss gefasst werden.

Für eine abschließende Beurteilung wird darauf hingewiesen, dass nicht die schon seit Jahren bestehende Schräglage des Baumes Grund der fehlenden Standsicherheit ist. Ursache ist allein die massive Schädigung der Wurzeln (Durchtrennung mehrere starker Haltewurzeln, Zerstörung des Feinwurzelwerkes bis in eine Tiefe von 1 m) infolge der durchgeführten Bautätigkeiten. Aufgrund dieser Beschädigungen wurden Eintrittspforten für holzerstörende Pilze geschaffen. Da die Wurzeln auf der den Baum haltenden Seite („Haltewurzeln“) entfernt wurden, wird die Gefahr des Umfallens durch die Schräglage verstärkt. Die durch die Beschädigung gestörte Vitalität des Baumes wird sich schleichend bemerkbar machen. Entsprechend der vorliegenden gutachterlichen Aussage sollte der Baum gefällt werden, um eine weitere Gefährdung der Bevölkerung zu vermeiden. Die Haftung bei evtl. Schäden (Sturm/Windbruch) würde von der Versicherung mit Verweis auf das vorliegende Gutachten (Risikotatbestand) NICHT übernommen, sondern geht direkt auf die Stadt Norden über.

Die Genehmigung sollte mit der Auflage versehen, an gleicher Stelle innerhalb der Allee eine Ersatzpflanzung mit *Tilia cordata* (Winterlinde), Stammumfang 25 - 30 cm, vorzunehmen. Die Kosten werden in Höhe der ermittelten Schadenssumme von der den Schaden verursachenden Firma übernommen. Die ermittelte Schadenssumme deckt alleine die Kosten für Bodenvorbereitung, Pflanzmaterial, Pflanzarbeit und Pflege. Weitere finanzielle Mittel sind nicht vorgesehen.

Vorsitzender Fuchs weist darauf hin, dass bei der vorangegangenen Ortsbesichtigung Einigkeit darüber bestand, dass der Baum aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt werden muss. Da der vorhandene Heckencharakter dabei allerdings erhalten bleiben soll, erscheint die Anpflanzung eines neuen Baumes wenig sinnvoll. Zweckmäßiger wäre es, die Schadensersatzleistungen in die Pflege der übrigen straßenbegleitenden Linden am Alten Postweg zu investieren.

Dieses Ergebnis wird allgemein begrüßt.

Ratsherr Blaffert kann sich jedoch nicht damit abfinden, dass die bauausführende Firma lediglich Schadensersatz leisten muss. Er schlägt vor, dass die Firma dahingehend „abgestraft“ wird, dass ihr sechs Monate lang keine öffentlichen Aufträge erteilt werden.

Dieser Vorschlag wird angeregt diskutiert, findet jedoch keine Zustimmung.

Es ergeht sodann folgende Beschlussempfehlung:

- 1. Der Fällung der Linde am Alten Postweg/Bargebur wird zugestimmt. Die Heckenfunktion ist dabei zu erhalten.**
- 2. Die Gelder aus der Versicherungsleistung und dem Holzverkauf sind für die Erhaltung der im Straßenbereich des Alten Postweges stehenden Linden zu verwenden.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 7 **Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden
Fällantrag Königsberger Straße
Vorlage: 0365/2007/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Die Antragstellerin ist Eigentümerin des Grundstückes Königsberger Straße 17. Auf diesem Grundstück befindet sich eine nach der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume geschützte Kastanie mit einem Stammumfang von ca. 1,75 m. Aufgrund akuter Bruchgefahr beantragt die Eigentümerin die Fällung des Baumes.

Bei einer Besichtigung des Baumes durch einen Mitarbeiter des Fachdienstes Umwelt und Verkehr am 21.8.07 wurde eine starke Schädigung des Baumes festgestellt, die auf einen Befall mit der Phytophthora-Rindenfäule der Rosskastanie zurückzuführen ist. Die Rinde lässt sich in großen Placken abnehmen. Desweiteren hat der Baum bis auf einzelne stark geschädigte Blätter im rechten Kronenbereich keine Knospen getrieben. Eine Sanierung von der an Rindenfäule erkrankten Kastanie ist aufgrund des weit fortgeschrittenen Schadens nicht möglich. Der Baum ist so stark geschädigt, dass die Stand- und Bruchsicherheit nicht mehr gegeben ist und eine umgehende Fällung erfolgen sollte.

Gemäß § 7 Abs. 1 der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden ist die Beseitigung eines geschützten Baumes zuzulassen, wenn die Stand- und Bruchsicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Dem Antrag der Eigentümerin ist daher stattzugeben.

Der Antragstellerin ist zu empfehlen, eine Ersatzpflanzung in Form eines gleichartigen Baumes, 3xv, Stammumfang 18-20 cm auf dem Grundstück vorzunehmen.

Ohne Aussprache ergeht folgende Beschlussempfehlung:

1. **Dem Antrag auf Fällung einer Kastanie auf dem Grundstück Königsberger Str. 17 wird stattgegeben.**
2. **Der Antragstellerin ist zu empfehlen, auf dem Grundstück eine Ersatzpflanzung vorzunehmen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 8 **Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden**
Fällantrag Nordseestraße
Vorlage: 0362/2007/3.3

Sach- und Rechtslage:

Die Antragstellerin ist Eigentümerin des Grundstückes Nordseestraße 25. Auf diesem Grundstück befindet sich eine nach der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume geschützte Kastanie mit einem Stammumfang von ca. 1,80 m. Aufgrund akuter Bruchgefahr beantragt die Eigentümerin die Fällung des Baumes.

Bei einer Besichtigung des Baumes durch einen Mitarbeiter des Fachdienstes Umwelt und Verkehr wurde eine starke Schädigung des Baumes festgestellt, die auf einen Befall mit der Phytophthora-Rindenfäule der Rosskastanie zurückzuführen ist. Schon seit mehreren Jahren beobachtete die Eigentümerin einen zunehmenden Rückgang des Blattaustriebes. Der Baum hat in diesem Jahr bis auf einzelne Blätter, die bereits abgefallen sind, keine Knospen getrieben. Die Rinde ist brüchig. Eine Sanierung der an Rindenfäule erkrankten Kastanie ist aufgrund des weit fortgeschrittenen Schadens nicht möglich. Der Baum ist so stark geschädigt, dass die Stand- und Bruchsicherheit nicht mehr gegeben ist und eine umgehende Fällung erfolgen sollte.

Gemäß § 7 Abs. 1 der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden ist die Beseitigung eines geschützten Baumes zuzulassen, wenn die Stand- und Bruchsicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Dem Antrag der Eigentümerin ist daher stattzugeben.

Die Eigentümerin plant als Ersatz eine Linde in ca. 2 m Abstand zum jetzigen Standort zu pflanzen.

Ohne Aussprache ergeht folgende Beschlussempfehlung:

1. **Dem Antrag auf Fällung einer Kastanie auf dem Grundstück Nordseestraße 25 wird stattgegeben.**
2. **Der von der Eigentümerin vorgeschlagenen Ersatzpflanzung wird zugestimmt.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 9 **Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden**
Fällantrag Im Spiet
Vorlage: 0367/2007/3.3

Sach- und Rechtslage:

Der Antragsteller ist Eigentümer des Grundstückes Im Spiet 111 in Norden. Auf diesem Grundstück befindet sich eine nach der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume geschützte Esche. Aufgrund vorhandener Beschädigungen beantragt der Eigentümer die Genehmigung zur Fällung des Baumes.

Bei einer Besichtigung des Baumes Anfang des Jahres durch einen Mitarbeiter des Fachdienstes Umwelt und Verkehr wurde starker Pilzbefall sowie eine Fäulnis im Bereich einer Astgabel festgestellt. Es wurde vereinbart, den Baum während der folgenden Vegetationsperiode zu beobachten, um das genaue Ausmaß des Schadens eingrenzen zu können. In der Zwischenzeit vergrößerte sich der Schaden. In einer externen Stellungnahme, die diesen Schaden bestätigt, wird weiter darauf hingewiesen, dass „durch die Position der Faulstelle direkt am Kronenansatz und der fortgeschrittenen Holzersetzung der Baum in seiner Standfestigkeit erheblich beeinträchtigt ist“. Damit stelle der Baum eine akute Gefährdung für das mit einem Abstand von ca. 2,30 m stehende Haus und für die öffentlichen Straße (Abstand 2 m) dar. Eine Sanierung des Baumes sei wegen der Lage der Faulstelle nicht möglich. Der Baum ist nicht mehr stand- und bruchstabil.

Gemäß § 7 Abs. 1 der Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden ist die Beseitigung eines geschützten Baumes zuzulassen, wenn die Stand- und Bruchstabilität nicht mehr gewährleistet ist. Dem Antrag des Eigentümers ist daher stattzugeben.

Dem Antragsteller ist zu empfehlen, auf dem Grundstück eine Ersatzpflanzung mit einem gleichartigen Baum, 3xv, Stammumfang 18 – 20 cm, vorzunehmen.

Ratsherr Köther spricht sich gegen eine Fällung des Baumes aus, da seines Erachtens lediglich der kranke obere Teil des Baumes entfernt werden muss.

Ratsherr Bent vertritt die Auffassung, dass diese Möglichkeit bei einer Esche nicht gegeben ist.

Vorsitzender Fuchs möchte gerne wissen, wie hoch der Aufwand für die Sanierung des Baumes wäre.

Ratsherr Wallow gibt abschließend zu bedenken, dass der Antrag sehr unklar ist. Im Antrag ist von zwei Eschen die Rede, die beigefügte Stellungnahme des Herrn Tido Bent und die Verwaltungsvorlage beziehen sich lediglich auf eine Esche.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass die offenen Fragen bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses geklärt werden sollen.

Es ergeht folgender Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung an den Verwaltungsausschuss weitergeleitet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 10 **69. Änd. des Flächennutzungsplanes; Gebiet: Marschweg/Steinweg -SO-Gebiet Windenergie; Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 0345/2007/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Mit geänderter Beschlussempfehlung aus dem Bau- und Umweltausschuss vom 12.04.2007 und Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 18.04.2007 (SV 0166/2007/3.1) wurde die Verwaltung beauftragt, mit den Antragstellern darüber Verhandlungen zu führen, inwieweit die Bereitschaft besteht, Verfügungsflächen abzugeben.

Am 10.05.2007 fand im Fachbereich 3 unter Leitung von Herrn Baudirektor Memmen ein Gespräch mit der Norderlandgruppe, Herrn Böttcher statt. Herr Böttcher wurde über die anstehenden Planungen informiert. Er stellte fest, dass die von ihm beantragten Standorte für eine Arrondierung und Erweiterung der Vorrangfläche erst einmal eine Grobplanung darstellen.

In einer von ihm durchzuführenden Überprüfung solle die Machbarkeit der Planung untersucht werden. Dabei sollten Belange wie der Schallschutz, die Abstandsregelungen, der Schattenwurf u. ä. überprüft werden. Beim Hinzutreten weiterer Anlagen wie z. B. einer dritten Reihe von WEA zwischen zwei vorhandenen Reihen WEA ist außerdem die Wirtschaftlichkeit von Bedeutung, da weitere Anlagen die Leistung vorhandener Anlagen beeinflussen.

Eine grundsätzliche Bereitschaft zur Bereitstellung von Standorten für Altanlagenbetreiber wurde seitens des Antragstellers signalisiert. In welcher Größenordnung sich dieses bewegt, könne erst nach den o. a. umfangreichen Untersuchungen gesagt werden.

Am 11.05.2007 fand ein weiteres Gespräch mit Vertretern der Wirtschaftsbetriebe statt. Auch hier wurde über die anstehenden Planungen informiert.

Zwischenzeitlich fanden seitens der Norderlandgruppe die Untersuchungen für die Arrondierung der Vorrangfläche und weitere Gespräche mit der Stadt Norden statt.

Das nun von der Norderlandgruppe vorgelegte Konzept zur Arrondierung und Optimierung der Sonderbaufläche für Windkraft am Marschweg/Steinweg sieht eine Gesamtzahl von 48 Windenergieanlagen vor. Diese Zahl setzt sich zusammen aus den 14 vorh. E-66 Enercon-Anlagen (Norderland, Stadtwerke, Marschen Land GmbH) a 1,8 MW und den 34 neu aufzustellenden Anlagen (Norderland und Stadtwerke, Neuanleger) a 2,3 MW. In dieser Zahl sind die 11 zurückzubauenden und zu ersetzenden Tackeanlagen enthalten.

Nach Fertigstellung aller Anlagen verfügt die Vorrangfläche über eine Leistungskapazität von ca. 103,4 MW.

Des Weiteren ist vorgesehen, die durch das neue Aufstellungskonzept fortfallenden Kompensationsflächen „Timpenburg“ an anderer Stelle zu ersetzen. Ein Konzept für die Verlagerung dieser Flächen wird im Rahmen dieses Bauleitplanverfahrens erarbeitet und in separaten Änderungen zu den jeweils betroffenen Bebauungsplänen aufgearbeitet.

Die Norderlandgruppe ist bereit, **4 Standorte** für Altanlagenbetreiber, die außerhalb der Vorrangfläche über WEA verfügen und diese zurückbauen möchten, zur Verfügung zu stellen. Bei einer Leistung von 2,3 MW pro Anlage wäre dies eine Gesamtleistung von **9,2 MW**, die einer Gesamtleistung von ca. **11,0 MW** der vorh. alten WEA im Stadtgebiet außerhalb der Vorrangfläche gegenüberstehen.

Interesse seitens der Norderlandgruppe besteht ebenfalls an Altanlagen ab 150 KW abwärts außerhalb der Vorrangfläche. Zur Zeit befinden sich im Norder Stadtgebiet 17 WEA mit einer Leistung von 150 KW und kleiner.

Diese Anlagen würden aufgekauft, beseitigt und mit größerer Leistung innerhalb der Vorrangfläche ersetzt werden. Seitens des Bundes wird hierfür ein Repowering- Bonus gewährt, der sich darin äußert, dass sich die Einspeisevergütung von höchstens 12 Jahren um 2 – 2,5 Jahre verlängert.

Die zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen können zur Zeit noch nicht exakt benannt werden.

Empfehlung der Verwaltung:

Dem Antrag der Windpark Norderland Verwaltungs und Beteiligungs GmbH, ein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes hinsichtlich der Arrondierung und Optimierung der Sonderbaufläche für Windkraft am Marschweg/Steinweg durchzuführen, wird grundsätzlich zugestimmt.

Der Antragsteller beauftragt ein fachlich kompetentes Planungsbüro mit der Durchführung der Planungsarbeiten und stellt die Planung zu gegebener Zeit im Rahmen des Beschlusses für die Beteiligungsverfahren nach § 3 und § 4 BauGB den politischen Gremien vor.

Parallel hierzu wird die Verwaltung zusammen mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag entwickeln, in dem die Formalitäten für die neuen Anlagenbetreiber bzw. für die ehem. Altanlagenbetreiber enthalten sind.

Außerdem wird die Verwaltung den Begriff des „Repowering“ versuchen aufzulösen, indem sie das von den Ortsvorstehern vorgeschlagene Reduzieren und Erneuern vor Ort (Westermarsch) außerhalb der Vorrangfläche als Projekt entsprechend vorbereitet und argumentativ aufarbeitet. Der Vorschlag, außerhalb der Vorrangfläche eine zusätzliche Möglichkeit zu eröffnen, leistungsstarke Windenergieanlagen bei gleichzeitiger kurzfristiger erheblicher Reduzierung von Altanlagen zu bauen, wird dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin mit dem Wunsch vorgetragen, von dort aus eine rechtlich einwandfreie Lösung zu erarbeiten, die den bisherigen Flächennutzungsplan weder schädigt noch unterläuft.

Die Beratung des Tagesordnungspunktes erfolgt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt Nr. 11 (Bebauungsplan Nr. 149; Gebiet: Marschweg/Steinweg – SO-Gebiet Windenergie; Aufstellungsbeschluss – Vorlage: 0346/2007/3.1).

Dipl.-Ing. Heikes erläutert die Sach- und Rechtslage. Abschließend weist er auf die in der heutigen Sitzung verteilte Mitteilung hin, wonach die Norder Sandgruben GmbH um die Erteilung eines Vorbescheides für die Errichtung von zwei Windenergieanlagen am Marschweg im Bereich der Sandabbaustelle Süder Hooker bittet.

Ratsherr Zitting nimmt ab 18.35 Uhr an der Sitzung teil.

Ratsherr Look sieht seine Auffassung des Repowerings, nämlich den zahlenmäßigen Abbau von Anlagen, nicht umgesetzt.

Städt. Baudirektor Memmen gibt folgende grundsätzliche Erläuterung: Der Landkreis Aurich hat über das Regionale Raumordnungsprogramm vorgegeben, wie viel Megawatt in der Vorrangfläche unterzubringen ist. Nach dieser Vorgabe wurden in der Potentialfläche 25 Anlagen untergebracht. Damit war die Fläche noch nicht ausgereizt. Die Stadt hat jedoch versucht, den „optischen Schaden“ so gering wie möglich zu halten. Zwischenzeitlich hat der Landkreis von den damaligen Vorgaben Abstand genommen, so dass die Betreiber nunmehr versuchen, auf den Flächen das Optimum umzusetzen.

Die vorliegenden Anträge befassen sich zum einen mit dem Repowering, so werden z. B. 11 Tacke-Anlagen abgebaut und 5 neue Anlagen (mit gleicher Leistung) aufgebaut. Zum anderen beinhalten die Anträge allerdings auch eine Optimierung der Fläche. Es ist sorgfältig abzuwägen, ob dies tatsächlich gewollt ist.

Ratsherr Blaffert erkundigt sich, ob die neuen Anlagen höher sind als die alten und wie viele Windräder auf der Kompensationsfläche Timpenburg stehen sollen.

Städt. Baudirektor Memmen antwortet, dass die neuen Anlage höher sind. Dipl.-Ing. Heikes erklärt, dass auf der Timpenburgfläche sechs Anlagen geplant sind.

Ratsherr Blaffert vertritt die Auffassung, dass man bezüglich der Inanspruchnahme der Kompensationsflächen möglicherweise einen Präzedenzfall schafft. Er rät zu absoluter Vorsicht. So-

fern man sich dafür entscheidet, sollte aufgrund des Flächenwertes ein erhöhter Ausgleich gefordert werden. Auf jeden Fall ist die Nähe zur FFH-Flächenausweisung zu bedenken. Das vorgeschlagene Repowering ist seines Erachtens so nicht zu akzeptieren. Für eine neue Anlage sollten mindestens vier alte Anlagen abgebaut werden.

Er fordert die Verwaltung auf, der Politik sämtliche Unterlagen zum Schallschutz, Schattenwurf etc. zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren möchte er nähere Angaben darüber, welche Auswirkungen die neuen Anlagen (zusätzliche Reihen) auf die Wirtschaftlichkeit der alten Anlagen haben.

Dem Antrag der Norder Sandgruben GmbH steht er ablehnend gegenüber.

Ratsherr Willfang erkundigt sich, ob für die neuen Anlagen zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen notwendig werden.

Städt. Baudirektor Memmen bestätigt dies, erklärt jedoch gleichzeitig, dass diese im Rahmen des Möglichen liegen.

Ratsherr Köther macht deutlich, dass sich die Fraktion B 90/Die Grünen grundsätzlich für Windenergie ausspricht, ohne dabei die Nachteile aus dem Auge zu verlieren. Seines Erachtens geht es bei den vorliegenden Anträgen nicht um optimieren, sondern um maximieren, nämlich Profitmaximierung.

Er erinnert an die bisherigen Beratungen und an eine Anfrage seiner Fraktion hinsichtlich Windkraft. In diesem Zusammenhang bezweifelt er die damaligen Aussagen des Städt. Baudirektors Memmen.

Hinsichtlich der von der Norderlandgruppe angebotenen vier Standorte für Altanlagenbetreiber spricht er sich für eine öffentliche Versteigerung aus.

Seines Erachtens ist der finanzielle Anreiz, eine alte Anlage durch eine neue mit einem höheren Gesamtumsatz zu ersetzen, groß genug, so dass es bezüglich der Flächen kein „Zubrot“ geben muss. Sollte es jedoch nicht zu einer Versteigerung, sondern zu einer Vergabe der Standorte kommen, spricht er sich für die Bildung einer parteiübergreifenden, verwaltungsunabhängigen Vergabekommission aus.

Weiterhin plädiert er für eine eingehende Prüfung des Mitwirkungsverbot. In der nichtöffentlichen Sitzung sollte darüber beraten werden, wie weit die Befangenheit gefasst werden soll.

Die Kompensationsflächen Timpenburg sollten nach seiner Auffassung nicht in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich des neuen Antrages von der Norder Sandgruben GmbH möchte er aufgrund fehlender Vorbereitung kein Urteil abgeben.

Städt. Baudirektor Memmen möchte klar gestellt wissen, dass der Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen vom Frühjahr nicht sachgerecht war. Wäre man dem Antrag gefolgt, hätten heute keine vier Vorrangstandorte zur Verfügung gestanden, da die Verhandlungen zu dem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen waren.

Ratsherr Look ist der Meinung, dass man aus den vier zur Verfügung gestellten Flächen gegebenenfalls auch sechs machen könnte. Diese sollte zugunsten der Wirtschaftsbetriebe oder eines Bürgerwindparks vergeben werden.

Um einen Eindruck von der zukünftigen Optik zu bekommen, spricht sich Ratsherr Bent dafür aus, den Antragsteller eine Computersimulation anfertigen zu lassen. Dabei sollten auch die Hager Anlagen einbezogen werden.

Hinsichtlich der vier Nowe-Anlagen, die in Westermarsch abgebaut werden sollen, gibt er zu

bedenken, dass diese Anlagen nicht im, sondern am Vogelschutzgebiet stehen.

Ratsherr Wiltfang verdeutlicht bezüglich des Mitwirkungsverbot, dass bei Beratungen über Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungspläne kein Mitwirkungsverbot besteht, da dem Betroffenen kein unmittelbarer Vorteil entsteht. Dieser unmittelbare Vorteil könne jedoch durch den Städtebaulichen Vertrag gegeben sein. Um ein „sauberes“ Verfahren zu gewährleisten, bittet er alle, die in irgendeiner Weise involviert sind, sich zurückzuziehen, damit das Verfahren nicht unnötig in die Länge gezogen wird.

Punkt drei der Beschlussempfehlung lehnt er ab, da das Ministerium keine rechtssichere Auskunft erteilen kann. Rechtssicherheit könne nur vor Gericht erlangt werden.

Ratsherr Wallow beantragt, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden und in den Fraktionen weiter zu beraten. Ratsherr Julius schließt sich dieser Auffassung an.

Städt. Baudirektor Memmen schlägt vor, dass die Fraktionen ihre Standpunkte und Fragen der Verwaltung mitteilen. Die Antworten werden für eine der nächsten Sitzungen zur Diskussion aufbereitet, damit ein deutlicher Beschluss gefasst werden kann. Aufgrund dieses Beschlusses wird die Verwaltung dann mit der Norderlandgruppe verhandeln.

Vorsitzender Fuchs vertritt die Auffassung, dass man hinsichtlich des Repowerings auf die Norderlandgruppe zugehen sollte und ggf. eine höhere Gesamtleistung in Betracht ziehen sollte. Es sollte auch in Erfahrung gebracht werden, unter welchen Bedingungen die vier Vorrangstandorte freigegeben werden. 34 Anlagen sind ihm zu massiv, er spricht sich für weniger Anlagen aus, wobei ein bestimmter Prozentsatz dem Repowering vorbehalten sein sollte. Nicht unbeachtet bleiben sollte auch die Größe der Anlagen. Aus diesem Grund hält auch er die visuelle Darstellung für unerlässlich.

Notwendig sind seines Erachtens auch Feststellungen, wie groß die „Windwegnahme“ durch das Einsetzen weiterer Anlagenreihen ist und wie der daraus entstehende wirtschaftliche Verlust ausgeglichen werden muss.

Ratsherr Bent regt an, im Rahmen der Vorbereitung der Visualisierung zu prüfen, wo 4,5 MW-Anlagen möglich sind.

Es ergeht sodann folgender Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses eine Visualisierung des Vorhabens vorzustellen.**
- 2. Die Fraktionen reichen der Verwaltung bis zum 15.11.2007 die bestehenden Fragen und Anregungen zu diesem Tagesordnungspunkt ein. Diese werden in der übernächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses beraten.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 11 **Bebauungsplan Nr. 149; Gebiet: Marschweg/Steinweg -SO-Gebiet Windenergie; Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: 0346/2007/3.1

Sach- und Rechtslage:

Mit geänderter Beschlussempfehlung aus dem Bau- und Umweltausschuss vom 12.04.2007 und Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 18.04.2007 (SV 0173/2007/3.1) wurde die Verwaltung beauftragt, mit den Antragstellern darüber Verhandlungen zu führen, inwieweit die Bereitschaft besteht, Verfügungsflächen abzugeben.

Am 10.05.2007 fand im Fachbereich 3 unter Leitung von Herrn Baudirektor Memmen ein Gespräch mit der Norderlandgruppe, Herrn Böttcher statt. Herr Böttcher wurde über die anstehenden Planungen informiert. Er stellte fest, dass die von ihm beantragten Standorte für eine Arrondierung und Erweiterung der Vorrangfläche erst einmal eine Grobplanung darstellen.

In einer von ihm durchzuführenden Überprüfung solle die Machbarkeit der Planung untersucht werden. Dabei sollten Belange wie der Schallschutz, die Abstandsregelungen, der Schattenwurf u. ä. überprüft werden. Beim Hinzutreten weiterer Anlagen wie z. B. einer dritten Reihe von WEA zwischen zwei vorhandenen Reihen WEA ist außerdem die Wirtschaftlichkeit von Bedeutung, da weitere Anlagen die Leistung vorhandener Anlagen beeinflussen.

Eine grundsätzliche Bereitschaft zur Bereitstellung von Standorten für Altanlagenbetreiber wurde seitens des Antragstellers signalisiert. In welcher Größenordnung sich dieses bewegt, könne erst nach den o. a. umfangreichen Untersuchungen gesagt werden.

Am 11.05.2007 fand ein weiteres Gespräch mit Vertretern der Wirtschaftsbetriebe statt. Auch hier wurde über die anstehenden Planungen informiert.

Zwischenzeitlich fanden seitens der Norderlandgruppe die Untersuchungen für die Arrondierung der Vorrangfläche und weitere Gespräche mit der Stadt Norden statt.

Das nun von der Norderlandgruppe vorgelegte Konzept zur Arrondierung und Optimierung der Sonderbaufläche für Windkraft am Marschweg/Steinweg sieht eine Gesamtzahl von 48 Windenergieanlagen vor. Diese Zahl setzt sich zusammen aus den 14 vorh. E-66 Enercon-Anlagen (Norderland, Stadtwerke, Marschen Land GmbH) a 1,8 MW und den 34 neu aufzustellenden Anlagen (Norderland und Stadtwerke, Neuanleger) a 2,3 MW. In dieser Zahl sind die 11 zurückzubauenden und zu ersetzenden Tacke-Anlagen enthalten.

Nach Fertigstellung aller Anlagen verfügt die Vorrangfläche über eine Leistungskapazität von ca. 103,4 MW.

Des Weiteren ist vorgesehen, die durch das neue Aufstellungskonzept fortfallenden Kompensationsflächen „Timpenburg“ an anderer Stelle zu ersetzen. Ein Konzept für die Verlagerung dieser Flächen wird im Rahmen dieses Bauleitplanverfahrens erarbeitet und in separaten Änderungen zu den jeweils betroffenen Bebauungsplänen aufgearbeitet.

Die Norderlandgruppe ist bereit, **4 Standorte** für Altanlagenbetreiber, die außerhalb der Vorrangfläche über WEA verfügen und diese zurückbauen möchten, zur Verfügung zu stellen. Bei einer Leistung von 2,3 MW pro Anlage wäre dies eine Gesamtleistung von **9,2 MW**, die einer Gesamtleistung von ca. **11,0 MW** der vorh. alten WEA im Stadtgebiet außerhalb der Vorrangfläche gegenüberstehen.

Interesse seitens der Norderlandgruppe besteht ebenfalls an Altanlagen ab 150 KW abwärts außerhalb der Vorrangfläche. Zurzeit befinden sich im Norder Stadtgebiet 17 WEA mit einer Leistung von 150 KW und kleiner.

Diese Anlagen würden aufgekauft, beseitigt und mit größerer Leistung innerhalb der Vorrangfläche ersetzt werden. Seitens des Bundes wird hierfür ein Repowering- Bonus gewährt, der sich darin äußert, dass sich die Einspeisevergütung von höchstens 12 Jahren um 2 – 2,5 Jahre verlängert.

Die zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen können zurzeit noch nicht exakt benannt werden.

Empfehlung der Verwaltung:

Dem Antrag der Windpark Norderland Verwaltungs und Beteiligungs GmbH, ein Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes hinsichtlich der Arrondierung und Optimierung der Sonderbaufläche für Windkraft am Marschweg/Steinweg durchzuführen, wird grundsätzlich zugestimmt.

Der Antragsteller beauftragt ein fachlich kompetentes Planungsbüro mit der Durchführung der Planungsarbeiten und stellt die Planung zu gegebener Zeit im Rahmen des Beschlusses für die Beteiligungsverfahren nach § 3 und § 4 BauGB den politischen Gremien vor.

Parallel hierzu wird die Verwaltung zusammen mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag entwickeln, in dem die Formalitäten für die neuen Anlagenbetreiber bzw. für die ehem. Altanlagenbetreiber enthalten sind.

Die Beratung des Tagesordnungspunktes erfolgt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt Nr. 10 (69. Änderung des Flächennutzungsplanes; Gebiet: Marschweg/Steinweg – SO-Gebiet Windenergie; Aufstellungsbeschluss – Vorlage: 0346/2007/3.1).

Dipl.-Ing. Heikes erläutert die Sach- und Rechtslage. Abschließend weist er auf die in der heutigen Sitzung verteilte Mitteilung hin, wonach die Norder Sandgruben GmbH um die Erteilung eines Vorbescheides für die Errichtung von zwei Windenergieanlagen am Marschweg im Bereich der Sandabbaustelle Süder Hooker bittet.

Ratsherr Zitting nimmt ab 18.35 Uhr an der Sitzung teil.

Ratsherr Look sieht seine Auffassung des Repowerings, nämlich den zahlenmäßigen Abbau von Anlagen, nicht umgesetzt.

Städt. Baudirektor Memmen gibt folgende grundsätzliche Erläuterung: Der Landkreis Aurich hat über das Regionale Raumordnungsprogramm vorgegeben, wie viel Megawatt in der Vorrangfläche unterzubringen ist. Nach dieser Vorgabe wurden in der Potentialfläche 25 Anlagen untergebracht. Damit war die Fläche noch nicht ausgereizt. Die Stadt hat jedoch versucht, den „optischen Schaden“ so gering wie möglich zu halten. Zwischenzeitlich hat der Landkreis von den damaligen Vorgaben Abstand genommen, so dass die Betreiber nunmehr versuchen, auf den Flächen das Optimum umzusetzen.

Die vorliegenden Anträge befassen sich zum einen mit dem Repowering, so werden z. B. 11 Tacke-Anlagen abgebaut und 5 neue Anlagen (mit gleicher Leistung) aufgebaut. Zum anderen beinhalten die Anträge allerdings auch eine Optimierung der Fläche. Es ist sorgfältig abzuwägen, ob dies tatsächlich gewollt ist.

Ratsherr Blaffert erkundigt sich, ob die neuen Anlagen höher sind als die alten und wie viele Windräder auf der Kompensationsfläche Timpenburg stehen sollen.

Städt. Baudirektor Memmen antwortet, dass die neuen Anlage höher sind. Dipl.-Ing. Heikes erklärt, dass auf der Timpenburgfläche sechs Anlagen geplant sind.

Ratsherr Blaffert vertritt die Auffassung, dass man bezüglich der Inanspruchnahme der Kompensationsflächen möglicherweise einen Präzedenzfall schafft. Er rät zu absoluter Vorsicht. Sofern man sich dafür entscheidet, sollte aufgrund des Flächenwertes ein erhöhter Ausgleich gefordert werden. Auf jeden Fall ist die Nähe zur FFH-Flächenausweisung zu bedenken. Das vorgeschlagene Repowering ist seines Erachtens so nicht zu akzeptieren. Für eine neue Anlage sollten mindestens vier alte Anlagen abgebaut werden.

Er fordert die Verwaltung auf, der Politik sämtliche Unterlagen zum Schallschutz, Schattenwurf etc. zur Verfügung zu stellen. Des weiteren möchte er nähere Angaben darüber, welche Auswirkungen die neuen Anlagen (zusätzliche Reihen) auf die Wirtschaftlichkeit der alten Anlagen haben.

Dem Antrag der Norder Sandgruben GmbH steht er ablehnend gegenüber.

Ratsherr Wiltfang erkundigt sich, ob für die neuen Anlagen zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen

notwendig werden.

Städt. Baudirektor Memmen bestätigt dies, erklärt jedoch gleichzeitig, dass diese im Rahmen des Möglichen liegen.

Ratsherr Köther macht deutlich, dass sich die Fraktion B 90/Die Grünen grundsätzlich für Windenergie ausspricht, ohne dabei die Nachteile aus dem Auge zu verlieren. Seines Erachtens geht es bei den vorliegenden Anträgen nicht um optimieren, sondern um maximieren, nämlich Profitmaximierung.

Er erinnert an die bisherigen Beratungen und an eine Anfrage seiner Fraktion hinsichtlich Windkraft. In diesem Zusammenhang bezweifelt er die damaligen Aussagen des Städt. Baudirektors Memmen.

Hinsichtlich der von der Norderlandgruppe angebotenen vier Standorte für Altanlagenbetreiber spricht er sich für eine öffentliche Versteigerung aus.

Seines Erachtens ist der finanzielle Anreiz, eine alte Anlage durch eine neue mit einem höheren Gesamtumsatz zu ersetzen, groß genug, so dass es bezüglich der Flächen kein „Zubrot“ geben muss. Sollte es jedoch nicht zu einer Versteigerung, sondern zu einer Vergabe der Standorte kommen, spricht er sich für die Bildung einer parteiübergreifenden, verwaltungsunabhängigen Vergabekommission aus.

Weiterhin plädiert er für eine eingehende Prüfung des Mitwirkungsverbot. In der nichtöffentlichen Sitzung sollte darüber beraten werden, wie weit die Befangenheit gefasst werden soll.

Die Kompensationsflächen Timpenburg sollten nach seiner Auffassung nicht in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich des neuen Antrages von der Norder Sandgruben GmbH möchte er aufgrund fehlender Vorbereitung kein Urteil abgeben.

Städt. Baudirektor Memmen möchte klar gestellt wissen, dass der Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen vom Frühjahr nicht sachgerecht war. Wäre man dem Antrag gefolgt, hätten heute keine vier Vorrangstandorte zur Verfügung gestanden, da die Verhandlungen zu dem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen waren.

Ratsherr Look ist der Meinung, dass man aus den vier zur Verfügung gestellten Flächen gegebenenfalls auch sechs machen könnte. Diese sollte zugunsten der Wirtschaftsbetriebe oder eines Bürgerwindparks vergeben werden.

Um einen Eindruck von der zukünftigen Optik zu bekommen, spricht sich Ratsherr Bent dafür aus, den Antragsteller eine Computersimulation anfertigen zu lassen. Dabei sollten auch die Hager Anlagen einbezogen werden.

Hinsichtlich der vier Nowe-Anlagen, die in Westermarsch abgebaut werden sollen, gibt er zu bedenken, dass diese Anlagen nicht im, sondern am Vogelschutzgebiet stehen.

Ratsherr Wiltfang verdeutlicht bezüglich des Mitwirkungsverbot, dass bei Beratungen über Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungspläne kein Mitwirkungsverbot besteht, da dem Betroffenen kein unmittelbarer Vorteil entsteht. Dieser unmittelbare Vorteil könne jedoch durch den Städtebaulichen Vertrag gegeben sein. Um ein „sauberes“ Verfahren zu gewährleisten, bittet er alle, die in irgendeiner Weise involviert sind, sich zurückzuziehen, damit das Verfahren nicht unnötig in die Länge gezogen wird.

Punkt drei der Beschlussempfehlung lehnt er ab, da das Ministerium keine rechtssichere Aus-

kunft erteilen kann. Rechtssicherheit könne nur vor Gericht erlangt werden.

Ratsherr Wallow beantragt, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden und in den Fraktionen weiter zu beraten. Ratsherr Julius schließt sich dieser Auffassung an.

Städt. Baudirektor Memmen schlägt vor, dass die Fraktionen ihre Standpunkte und Fragen der Verwaltung mitteilen. Die Antworten werden für eine der nächsten Sitzungen zur Diskussion aufbereitet, damit ein deutlicher Beschluss gefasst werden kann. Aufgrund dieses Beschlusses wird die Verwaltung dann mit der Norderlandgruppe verhandeln.

Vorsitzender Fuchs vertritt die Auffassung, dass man hinsichtlich des Repowerings auf die Norderlandgruppe zugehen sollte und ggf. eine höhere Gesamtleistung in Betracht ziehen sollte. Es sollte auch in Erfahrung gebracht werden, unter welchen Bedingungen die vier Vorrangstandorte freigegeben werden. 34 Anlagen sind ihm zu massiv, er spricht sich für weniger Anlagen aus, wobei ein bestimmter Prozentsatz dem Repowering vorbehalten sein sollte. Nicht unbeachtet bleiben sollte auch die Größe der Anlagen. Aus diesem Grund hält auch er die visuelle Darstellung für unerlässlich.

Notwendig sind seines Erachtens auch Feststellungen, wie groß die „Windwegnahme“ durch das Einsetzen weiterer Anlagenreihen ist und wie der daraus entstehende wirtschaftliche Verlust ausgeglichen werden muss.

Ratsherr Bent regt an, im Rahmen der Vorbereitung der Visualisierung zu prüfen, wo 4,5 MW-Anlagen möglich sind.

Es ergeht sodann folgender Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses eine Visualisierung des Vorhabens vorzustellen.**
- 2. Die Fraktionen reichen der Verwaltung bis zum 15.11.2007 die bestehenden Fragen und Anregungen zu diesem Tagesordnungspunkt ein. Diese werden in der übernächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses beraten.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 12 Sanierung der Anlagen im Norder Hafen
Vorlage: 0369/2007/3.3

Sach- und Rechtslage:

Im Vermögenshaushalt 2007 sind für Aufwertungsmaßnahmen im Norder Hafen in der Haushaltsstelle 7910.95100 „Infrastruktur Norder Hafen“ 10.000 EUR bereitgestellt worden. Der Ansatz wurde mit einem Sperrvermerk versehen, der erst nach Vorstellung und Beratung der geplanten Maßnahmen im Bau- und Umweltausschuss und im Verwaltungsausschuss aufgehoben werden kann.

Bislang wurden noch keine konkreten Planungen vorgestellt, da beabsichtigt ist, diese gemeinsam mit dem neuen Hafenförderverein e.V., der noch in diesem Jahr gegründet werden soll, auszuarbeiten. Die Notwendigkeit der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen zur Aufwertung und Sanierung des Norder Hafens dürften dabei allerdings unstrittig sein.

1. Installation einer Steganlage

Die geplante Schwimmsteganlage soll entlang der hohen Kaimauer installiert werden. Um eine entsprechende Liegezahl bereitstellen zu können, sollte die gesamte Länge der Spundwand (ca. 30 m) ausgenutzt werden. **Die Gesamtkosten betragen ca. 35.000,- €.**

2. Erneuerung des Signalmastes

Der alte Mast wies sowohl im unteren Holzbereich als auch in Höhe des Ausguckes Schäden auf, die den Fachdienst veranlassten, das Holz mittels eines Spezialgerätes auf seine Festigkeit und damit Bruchsicherheit untersuchen zu lassen. Der festgestellte Schaden war so erheblich, dass der Mast aus Verkehrssicherungsgründen unverzüglich abgebaut werden musste. Nach einer fast 20jährigen Aufstellungszeit sollten bei einer Sanierung alle Holzteile ausgetauscht werden, Metallteile wie Beschläge, Abspannungen, Leiteraufstiege, können wiederverwendet werden. **Die Gesamtkosten betragen ca. 15.000,- €.**

3. Austausch der Dalben

Auf der Seite des Zollhauses befinden sich im Hafenbecken zwei Dalbengruppen. Einige der Dalben weisen große Morschungen auf. Da es sich um zwei Ensemblegruppen mit je 5 Einzelelementen handelt, ist nur ein Austausch der gesamten Einheit sinnvoll. **Die Gesamtkosten betragen ca. 7.500,- €.**

Zur Realisierung der Maßnahmen sind die für 2007 im Vermögenshaushalt veranschlagten Mittel in Höhe von 10.000,- € nicht ausreichend.

Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, dass zunächst die vollständige Installation der geplanten Steganlage umgesetzt wird. Die dazu noch fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 25.000,- € wären dann im Vermögenshaushalt für 2008 (Hhstelle: 7910.95100 „Infrastruktur Norder Hafen“) anzumelden. Der Haushaltsrest in Höhe von 10.000,- € wäre in den Vermögenshaushalt für 2008 zu übertragen.

Die Erneuerung des Signalmastes und der Dalben soll in den Folgejahren umgesetzt werden. Die notwendigen Haushaltsmittel sind dann ebenfalls entsprechend der Maßnahmenhöhe im Vermögenshaushalt anzumelden.

Städt. Baudirektor Memmen erläutert die Sach- und Rechtslage.

Ratsherr Blaffert hält die Aufbereitung der Thematik für nicht ausreichend. Er erwartet ein Gesamtkonzept für den Norder Hafen. Dabei vertritt er die Auffassung, dass die Steganlage länger als 30 m sein muss.

Ratsherrn Willfang fehlt ebenfalls ein Gesamtkonzept. Er stellt fest, dass es sich um freiwillige Ausgaben in einer Gesamthöhe von 60.000 € handelt und ist der Meinung, dass es in Norden dringendere Probleme zu lösen gibt. Gleichzeitig befürchtet er, dass die Kommunalaufsicht einschreiten könnte.

Ratsherr Bent vertritt die Auffassung, dass die Dalben ausgetauscht werden müssen, da sie morsch sind. Alles andere muss ins Gesamtkonzept passen.

Ratsherr Look begrüßt die Absicht der Verwaltung zur Verbesserung des Erscheinungsbildes des Hafens, allerdings sieht auch er Probleme hinsichtlich der Finanzierung. Er schlägt vor, Sponsoringelder für diese Maßnahmen einzuwerben. Unaufschiebbar sei wohl der Austausch der Dalben.

Ratsherr Köther ist mit den Vorschlägen der Verwaltung auch im Hinblick auf das Zusammenspiel mit „Paddel & Pedal“ einverstanden. Er spricht sich für einen ruhigen und unkommerziellen Tourismus in diesem Bereich aus.

Städt. Baudirektor Memmen verdeutlicht, dass die Politik den Haushaltsansatz von 10.000 € für den Hafen eingebracht hat. Welche Maßnahmen davon verwirklicht werden sollen, wurde dabei nicht festgelegt. Die nunmehr unterbreiteten drei Vorschläge sollten lediglich eine Auswahl sein.

Die Befürchtungen von Ratsherrn Wiltfang hinsichtlich des Einschreitens der Kommunalaufsicht teilt er nicht, da es sich hier um rentierliche Ausgaben handelt, die den Tourismus ankurbeln.

Hinsichtlich des gewünschten Gesamtkonzeptes gibt er zu bedenken, dass der Hafen fertiggestellt ist und somit keiner Gesamtplanung mehr bedarf. Es ist lediglich eine Optimierung erforderlich.

Vorsitzender Fuchs spricht sich für die Schaffung einer Steganlage aus.

Ratsherr Blaffert bezeichnet den Haushaltsansatz von 10.000 € lediglich als „Duftmarke“. Um mehr Platz im Hafen zu haben, schlägt er vor, die Dalben weiter zum offenen Wasser zu setzen. Er hält es für sehr wichtig, den Mast wieder aufzustellen.

Ratsherr Wiltfang ist der Meinung, dass es für die Kommunalaufsicht nicht entscheidend ist, ob es sich um rentierliche Ausgaben handelt. Er schlägt vor, aus den vorhandenen Haushaltsmitteln die Erneuerung der Dalben zu finanzieren. Für die weiteren Maßnahmen sollte vorab die Zustimmung der Kommunalaufsicht eingeholt werden.

Ratsherr Bent hält die Erneuerung des Mastes für sehr wichtig.

Städt. Baudirektor Memmen erklärt, dass Gespräche mit der Volkshochschule geführt werden sollen, ob der Mast im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme wieder hergestellt werden kann.

Ratsherr Klaffke ergänzt, dass das gegebenenfalls auch durch die Berufsschule möglich ist.

Nach angeregter Diskussion besteht Einigkeit darüber, dass die Steganlage gebaut werden soll. Die in 2007 zur Verfügung stehenden Mittel sollen für diese Maßnahme „gebunkert“ und die restlichen Mittel in 2008 zur Verfügung gestellt werden.

Ratsherr Wallow schlägt vor, dass sowohl der künftige Hafenförderverein als auch jeder einzelne Spenden sammeln sollte, um die Finanzierung der Maßnahme zu sichern.

Es ergeht sodann folgende Beschlussempfehlung:

- 1. Zur Aufwertung des Norder Hafens ist unterhalb der hohen Kaimauer eine Steganlage zu installieren.**
- 2. Die fehlenden Haushaltsmittel sind für den Haushalt 2008 anzumelden.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 13 **Berichtswesen;
Controllingberichte aus dem Fachbereich 3,
Umsetzung von Maßnahmen im Vermögenshaushalt
Vorlage: 0366/2007/FB3**

Sach- und Rechtslage:

Der Fachbereich informiert den zuständigen Fachausschuss gem. Dienstverfügung 8/2006 über die Umsetzung von Maßnahmen im Vermögenshaushalt.

Nach kurzer Erläuterung durch Städt. Baudirektor Memmen, insbesondere zum Thema Verkehrsberuhigung Ekel, ergeht folgender Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 14 Dringlichkeitsanträge

Keine.

zu 15 Anfragen

zu 15.1 Photovoltaikanlage Leegemoor, Sachstand

Ratsherr Julius erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der geplanten Photovoltaikanlage Leegemoor.

Städt. Baudirektor Memmen antwortet, dass die Fragen aus der Politik zwischenzeitlich vom Antragsteller beantwortet wurden. Der Sachstand wird den politischen Gremien in Kürze mitgeteilt.

zu 15.2 Ausweisung Vogelschutzgebiet, Sachstand

Ratsherr Julius fragt an, wie der Sachstand hinsichtlich der Ausweisung von Vogelschutzgebieten ist.

Städt. Baudirektor Memmen erwidert, dass auf Landesebene zwischenzeitlich Einigkeit erzielt wurde. Die Verwaltung wird in Kürze eine Mitteilung über den Sachstand herausgeben.

**zu 15.3 Anträge der Städte Leer u. Aurich auf Aufwertung im Rahmen des Raumordnungsprogramms; Positionierung der Stadt Norden
Antrag: AN/0339/2007**

Die Städte Leer und Aurich haben im Rahmen des Raumordnungsprogrammes die Aufwertung

durch Übertragung von oberzentralen Teilfunktionen beantragt.
Ratsherr Bent fragt, wie sich der Verwaltungsvorstand der Stadt Norden zu diesen Anträgen positioniert.

zu 15.4 Anfrage Ratsfrau Kleen zur Bebauung der Grundstücke Am Fridericussiel 2 u. 4
Antrag: AN/0340/2007

Ratsherr Zitting erklärt, dass die Antwort auf die genannte Anfrage von Ratsfrau Kleen als nicht ausreichend bzw. unverständlich (so z. B. die Bezeichnung „fiktive Baugrenze“) angesehen wird. Er bittet die Verwaltung in dieser Angelegenheit noch eine nähere Erläuterung zu geben.

zu 16 Wünsche und Anregungen

zu 16.1 Gehweg Osterstraße zwischen Uffenstraße u. Neuer Weg
Antrag: AN/0341/2007

Ratsherr Blaffert kritisiert, dass auf dem Gehweg in der Osterstraße für Fußgänger und auch insbesondere Rollstuhlfahrer oft kein Durchkommen ist, da sich dort massive Hindernisse in Form von Stühlen, Plakaten, Fahrrädern u. a. befinden. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, in welcher Form hier Abhilfe geschaffen werden kann.

zu 16.2 Straßenbäume in der Westerstraße
Antrag: AN/0342/2007

Ratsherr Bent bittet zu prüfen, ob die Straßenbäume in der Westerstraße verstärkten Pflegemaßnahmen unterzogen werden müssen. Seines Erachtens ergeben die dortigen Bäume kein harmonisches Bild.

zu 17 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Fuchs schließt die öffentliche Sitzung um 19.27 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Die Protokollführerin

gez.

gez.

gez.

- Fuchs-

- Schlag -

- Swyter -